

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
VORBEMERKUNG	7
EINLEITUNG	8
1.0 DER RAHMEN UND DIE AUFGABEN KOMMUNALER POLITIK	11
1.1 Die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung	11
1.2 Die kommunale Öffentlichkeit	15
1.3 Die kommunale Partizipation	18
2.0 PLANUNG ALS POLITISCHER PROZESS	22
2.1 Aufgaben und Probleme der Planung	22
2.2 Die Kommunalplanung	26
2.3 Die Regionalplanung	29
3.0 BEDINGUNGEN UND PROBLEME DER ÖFFENTLICHKEIT UND PARTIZIPATION IN DER KOMMUNAL- UND REGIONALPLANUNG	32
3.1 Die politischen und ökonomischen Determinanten	33
3.2 Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation	42
3.3 Komplexität, Sachverstand und Effizienz	52
4.0 GESETZLICHE REGELUNGEN DER ÖFFENTLICHKEIT UND PARTIZIPATION IN DER KOMMUNAL- UND REGIONALPLANUNG	61
4.1 Das Bundesbaugesetz	61
4.2 Das Städtebauförderungsgesetz	66
4.3 Die Landesplanungsgesetze	69
5.0 FORMEN DER ÖFFENTLICHKEIT UND PARTIZIPATION IN DER KOMMUNAL- UND REGIONALPLANUNG	72
5.1 Die Informationsträger: Verwaltung und Massenmedien	72
5.2 Die etablierten Organisationen: Parteien, Verbände und Vereine	77
5.3 Neue Formen der Öffentlichkeit und Partizipation	86
5.3.1 Das Bürgerforum	86
5.3.2 Die Bürgerinitiative	89
5.3.3 Der Planungsbeirat	92
5.3.4 Die Anwaltsplanung und die Gemeinwesenarbeit	96
6.0 KONSEQUENZEN UND STRATEGIEN FÜR DIE ÖFFENTLICHKEIT UND PARTIZIPATION IN DER KOMMUNAL- UND REGIONALPLANUNG	102
6.1 Die Politisierung der Öffentlichkeit	103
6.2 Die Demokratisierung der innerorganisatorischen Willensbildung	109
6.3 Neue Funktionen und Aufgaben der Verwaltung	116
7.0 ABSCHLIESSENDE ÜBERBLICK	122

ANHANG: ENTWURF EINES ARBEITSPROGRAMMS ZUR „INFORMATION UND MITWIRKUNG DER BETROFFENEN BEI STADTERNEUERUNGSMASSNAHMEN IN BERLIN“	125
1. Vorbemerkung	125
2. Ausgangslage	127
2.1 Der Städtebaubericht 1970 der Bundesregierung	127
2.2 Das Städtebauförderungsgesetz	128
2.3 Erklärungen des Berliner Senats und der Parteien	128
3. Betroffenenbeteiligung und parlamentarisches Regie- rungssystem	129
4. Ziele der Betroffenenbeteiligung	130
4.1 Allgemeine Ziele	130
4.2 Aus der Sicht der Betroffenen	131
4.3 Aus der Sicht der Verwaltung	131
5. Praktizierte Formen der Betroffenenbeteiligung	132
5.1 Das Münchener Forum e.V.	132
5.2 Unabhängige Bürgerinitiative Linden-Süd, Hannover	132
5.3 Sanierungsbeirat Hameln	133
5.4 Sanierungsbeirat der Bürgerinitiative Göttinger Innen- stadtbewohner	134
5.5 Sanierungsbeirat Gaarden, Kiel	134
5.6 Beirat der Betroffenen, Bremen	135
6. Grundsätze für die Betroffenenbeteiligung	136
7. Öffentlichkeitsarbeit und Betroffenenbeteiligung	138
7.1 Die Vorbereitung der Betroffenenbeteiligung	138
7.2 Die Errichtung einer Informations- und Beratungsstelle	140
7.3 Die fortlaufende Information der Betroffenen	141
8. Der Sanierungsbeirat	142
8.1 Aufgaben und Rechte	143
8.2 Organisation	144
8.3 Wahlregelungen	146
8.4 Personal und Finanzierung	147
9.1 Die Sanierungsinitiative e. V.	149
9.1 Aufgaben und Rechte	150
9.2 Organisation	150
9.3 Wahlregelungen	151
9.4 Personal und Finanzierung	152
10. Eine vergleichende Beurteilung des Sanierungsbeirates und der Sanierungsinitiative e. V.	152
11. Vorschlag zum Verfahren	154
Anlagen	155
Literaturverzeichnis	163